



AÜber 450 ehemalige europäische Minister, Botschafter und hochrangige Beamte fordern die EU-Spitzenpolitiker auf, gegen die Annexion des E1-Gebiets im Westjordanland durch Israel vorzugehen

6.Mai 2026

Aufruf zum Handeln der EU

Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen gemeinsam mit ihren Partnern **unverzüglich Maßnahmen** ergreifen, **um Israel** davon **abzuhalten**, seine illegale Annexion palästinensischen Landes im Westjordanland durch den Bau eines riesigen neuen illegalen Siedlungsblocks im strategisch wichtigen E1-Gebiet weiter voranzutreiben. Israel verfolgt das Ziel, das Westjordanland in zwei Teile zu spalten und jegliche Aussichten auf eine „Zweistaatenlösung“ zunichte zu machen. Zu diesem Zweck beabsichtigt die israelische Regierung, am 1. Juni eine erste Ausschreibung für den Bau von 3401 Wohneinheiten im E1-Gebiet zu veröffentlichen, um bis zu 15.000 illegalen Siedlern Wohnraum zu bieten. Diese E1-Ausschreibung wird fortgesetzt, obwohl die EU und gleichgesinnte Länder seit vielen Jahren beharrlich versuchen, Israel in einen kritischen Dialog einzubinden, um zu verhindern, dass es palästinensisches Land illegal mit Gewalt an sich reißt.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten **müssen jetzt handeln** – unter anderem auf der Tagung des Aussenminister-Rates am 11. Mai –, um gemeinsam mit ihren Partnern den illegalen Siedlungsmaßnahmen Israels, insbesondere im E1-Gebiet, entgegenzutreten. Als erste Reaktion muss die EU, ad minimum, gezielte Sanktionen verhängen, darunter Visumsverbote und Verbote für geschäftliche Aktivitäten in der EU für alle, die an illegalen Siedlungsaktivitäten beteiligt sind, insbesondere für diejenigen, die den E1-Plan fördern, Ausschreibungen dafür durchführen und ihn umsetzen. Zu diesen Einrichtungen und Personen gehören Politiker, Siedlerführer, die israelische „Landbehörde“, Vertreter lokaler Behörden, Planer, Rechtsanwälte, Architekten, Ingenieure, Bauträger, Bauunternehmer, Banken und andere Finanzinstitute.

Für Zögern und Unklarheiten gibt es keinen Raum mehr.

Die rote Linie des E1-Plans steht kurz davor, überschritten zu werden. Wir müssen gemeinsam, individuell und vor allem jetzt handeln.



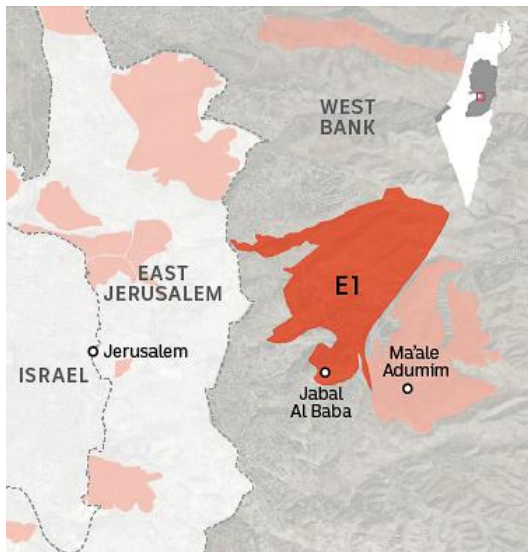
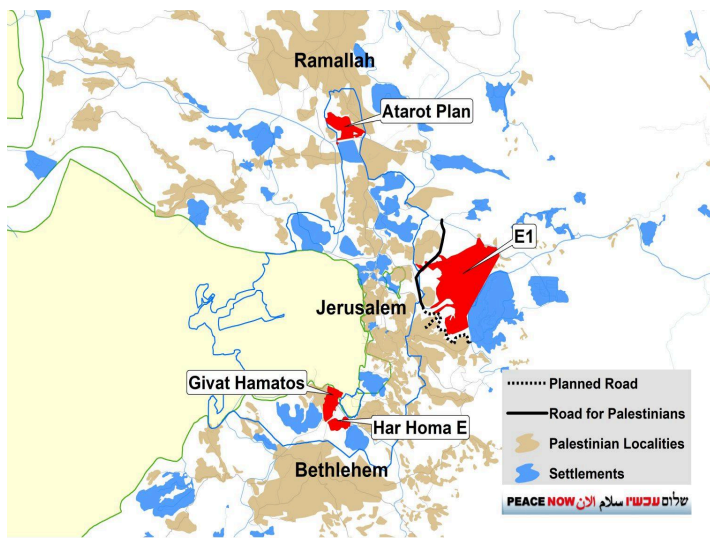
Hintergrund:

Am 1. Juni, also in nur drei Wochen, beabsichtigt die israelische Regierung, detaillierte Ausschreibungen zur Erschließung des zentralen E1-Gebiets im Westjordanland (siehe Karten unten) zu veröffentlichen. In einer ersten Phase sollen 3.401 neue „Wohneinheiten“ entstehen, die in einer ersten Stufe bis zu 15.000 illegalen israelischen Siedlern auf 17 % der E1-Fläche Wohnraum bieten sollen; weitere Bauphasen auf den verbleibenden 83 % von E1 sollen folgen. Interessierte Bauträger und Bauunternehmer für diese erste Phase hätten bis zum 6. Juli Zeit, ihre Angebote einzureichen; die

Baufträge würden danach vergeben. Dieser E1-Annexionsplan ist der Höhepunkt bereits laufender Maßnahmen der israelischen Regierung, die das Westjordanland in zwei Teile spalten, die territoriale Kontinuität Palästinas zerstören, Ostjerusalem von Ramallah und Bethlehem trennen und – **was am wichtigsten ist** – die Aussichten auf eine „Zweistaatenlösung“ und einen lebensfähigen palästinensischen Staat, der von der überwältigenden Mehrheit der UN-Mitgliedstaaten anerkannt wird, zunichte machen. Auch die israelischen Pläne sowohl für den Bau einer angrenzenden Gewerbe- und Beschäftigungszone innerhalb des E1-Gebiets als auch für die ethnische Säuberung der Beduinengemeinden aus dem E1-Gebiet werden derzeit fertiggestellt.

Der Internationale Gerichtshof erklärte im Jahr 2024, dass die Besetzung Palästinas durch Israel rechtswidrig sei und beendet werden müsse. Europäische Staats- und Regierungschefs haben die E1-Pläne wiederholt verurteilt und Israel als Besatzungsmacht aufgefordert, deren Umsetzung einzustellen und sie nicht weiter voranzutreiben. All diese Mahnungen wurden nicht nur ignoriert, sondern mit einer systematischen Zunahme neuer Siedlungen beantwortet. Ebenfalls konsequent ignoriert werden die unzähligen Forderungen der EU, ihrer Mitgliedstaaten und gleichgesinnter Länder an Israel, der Flut staatlich unterstützter Gewalt von Siedlern gegen Palästinenser im Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem, Einhaltung zu gebieten und Hauszerstörungen, Zwangsumsiedlungen, Beschlagnahmungen, Vertreibungen, ethnische Säuberungen sowie den Bau neuer Außenposten und illegaler Siedlungen einzustellen. Seit dem 7. Oktober 2023 wurden mehr als 1000 Palästinenser im Westjordanland von terroristischen Siedlern und israelischen Sicherheitskräften getötet, während die Tötungen im Gazastreifen und im Libanon unvermindert anhalten.

ANHANG: Illustrative Karten des E1-Gebiets



(Quellen für die Karten: The Economist / Peace Now)

Anmerkung: Dieser Erklärung gingen sieben weitere voraus, die diese Gruppe seit Juli 2025 veröffentlicht hat (zugänglich über die unten stehenden Hyperlinks), um eine Reihe von Maßnahmen zu empfehlen, die die EU und ihre Mitgliedstaaten ergreifen sollten, um auf die anhaltende Situation in ganz Palästina zu reagieren, einschließlich der anhaltenden Pattsituation im Gazastreifen und der groß angelegten illegalen Annexion und Ausweitung von Siedlungen im Westjordanland.

Erklärung unterzeichnet am 6. Mai 2026 von 452 ehemaligen europäischen Ministern, Botschaftern und hochrangigen Beamten.

Link zu: [Liste der Mitunterzeichner](#) (weitere Unterzeichner können nach Veröffentlichung dieser Erklärung hinzukommen)

Links zu Übersetzungen dieser Erklärung:

Links zu früheren Erklärungen, veröffentlicht am:

[28. Juli](#), [26. August](#), [10. September](#) und [16. Oktober](#) 2025; [2. Februar](#) und [15. April](#) 2026

